

Tanja Stern

Mitregieren, aber wie?

Gedanken einer „Rückzieherin“ zum Thema Bürgerbeteiligung und Demokratie

(vorgetragen auf dem Herbstforum der „Frauenbrücke Ost-West“ am 06.11.2010)

Als ich gebeten wurde, auf diesem Forum zu sprechen, war ich zunächst in großer Verlegenheit, welches Thema ich wählen sollte. Ich bin in keiner Partei oder Institution, die ich repräsentieren könnte, bin auch beruflich mit keinem frauen- oder wendespezifischen Gegenstand befasst und habe keinen Draht zu irgendeiner gesellschaftlich relevanten Bewegung – was sollte ich sagen vor all den engagierten Frauen? Welchen Aspekt sollte ich bedienen? Bis mir irgendwann der Gedanke kam, ich könnte ja vielleicht mal erklären, wie das kommt, dass ich nirgendwo organisiert oder engagiert bin, denn das ist direkt auf die Wende zurückzuführen, auf meine ganz persönlichen Erfahrungen mit der westlichen Demokratie.

Ich habe den Hauptteil meines Lebens als DDR-Bürgerin verbracht, und als solche war ich immer sehr distanziert beziehungsweise in Opposition gegen alles, was gesellschaftliche Aktivität war. Auch die DDR hat sich ja als demokratisches Land bezeichnet, aber für mich war immer klar, ich lebe hier in einer Diktatur mit scheindemokratischer Bemäntelung, und wenn ich mich gesellschaftlich engagiere, zum Beispiel in die SED eintrete, dann mache ich mit bei dieser Diktatur, dann bin ich Teil eines Systems, das ich als primitiv und verlogen empfand. Es gab ja Leute, auch in meinem Bekanntenkreis, die anders dachten, die sagten, man könnte doch nicht vor dem Gartenzaun stehen und rübergucken, man müsste innerhalb des Systems etwas bewegen, das Land, das wir haben, besser machen. So habe ich niemals gedacht. Für mich war klar, mein Engagement, meine Tatkraft wird dieser Staat nicht kriegen.

Aber ich habe immer neidvoll gen Westen geblickt: Da war für mich die glorreiche Demokratie, da war ein echtes Mehrparteiensystem im Gegensatz zu den Blockflöten in der DDR, da konnte man sich öffentlich über die Regierenden lustig machen, in jeder Zeitung ungehindert seine Meinung schreiben. Ich dachte, das ist ein wahrhaft produktives Gesellschaftssystem, und würde ich dort leben, dann würde ich auch ein gesellschaftlich aktiver Mensch sein, ganz im Sinne des schönen DDR-Mottos „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ – im Nachhinein eigentlich eine sehr griffige Formel für Demokratie, nur dass sie in der DDR eben immer nur eine hohle Phrase blieb.

Ja, und als dann die Wende kam, da sah ich sie als **die** Gelegenheit zum gesellschaftlichen Engagement, auf die ich mein Leben lang gewartet hatte. Bekanntlich war ich damals nicht die Einzige. Die ganze Nation war plötzlich hoch politisiert. Jeder wollte unbedingt etwas tun, wollte aktiv dabei mitwirken, dass es bloß nie wieder so wird wie früher. Das war der Grundtenor auf allen Versammlungen, eine Ungeduld, als könnte es am nächsten Tag schon wieder zu spät sein: Wir müssen das jetzt durchziehen, wir müssen handeln, schnell, sofort, es darf nicht wieder so werden wie früher!

Ich erinnere mich zum Beispiel noch, wie ich im Herbst 89 darauf brannte, eine Demo mitzumachen. Die ersten Demonstrationen in Berlin, also gerade die besonders brisanten, wurden noch nicht systematisch bekannt gemacht, nur sporadisch über Mundpropaganda, und ich erfuhr dann prompt erst im Nachhinein: Da und da hat es wieder eine Demo gegeben. Dann hat es mich immer fast zerrissen, weil ich nicht dabei gewesen war. Ich saß vorm Fernseher und sah die Bilder der demonstrierenden Menschen und dachte, mein Gott, die können was tun, und ich bin nicht dabei, ich sitze hier fest, verdammt zur Untätigkeit, warum kann ich denn bloß nichts tun!

Bekanntlich hat es dann den ganzen Winter über eine Demonstration nach der anderen gegeben, und ich habe bald gelernt, dass es nichts Öderes und Langweiligeres gibt, als mit einer Horde halbfremder Menschen irgendwelche Straße entlang zu trotten oder bei Schnee und Eiseskälte irgendwo auf einem Platz zu stehen und endlos lange Reden anzuhören, denn der Redebedarf war ja damals gewaltig. Ich habe ferner gelernt, dass diese Demonstrationen in der Regel keinen Effekt haben als den, dass sich die Leute reihenweise erkälten und für die wichtige politische Arbeit ausfallen.

Sie ahnen es schon – mit der Demokratie ging es mir ähnlich wie mit den Demonstrationen. Natürlich hat das auch in diesem Fall zum Teil an meinen völlig übersteigerten und illusorischen Erwartungen gelegen. Man war damals so emotional aufgeladen, so voller Hoffnung und Tatendrang, dass die Enttäuschung förmlich vorprogrammiert war. Dazu kam noch, zumindest in meinem Fall, eine völlige Überschätzung und Idealisierung des Westens. Ich dachte, die jahrzehntelange Demokratie hätte eine freiere und souveränere Menschenart hervorgebracht. Was ich mir in dieser Hinsicht versprach, das hätte niemals eingelöst werden können. Aber natürlich gab es auch noch andere, realere Gründe für meine Enttäuschung.

Ich wollte unbedingt ein Engagement in einer führenden politischen Partei. Das erschien mir als die effektivste Form dessen, was ich unter Mitregieren und Bürgerengagement verstand, und da mein Herz schon von Jugend auf klassisch sozialdemokratisch schlug, war für mich klar, ich gehe in die SPD. Die Ost-SPD hatte sich am 7. Oktober 1989 gegründet und hieß damals noch SDP in Abgrenzung zur West-SPD. In die trat ich im November 1989 mit der Mitgliedsnummer 149 ein. Wir waren zuerst eine ganz kleine Parteigruppe, doch von Woche zu Woche strömten mehr dazu, das wurde ganz schnell zum Fulltimejob. Fast jeden Tag waren da Versammlungen, Veranstaltungen, Rundtischgespräche, Podiumsdiskussionen, dazu die leidigen Demonstrationen und der ganze Organisationskram. Ich weiß noch, dass bei mir zu Hause in einem fort das Telefon ging – vorher hatte ich vielleicht zwei, drei Anrufe pro Tag bekommen. In der ersten Zeit habe ich das alles noch als eine echte Erweiterung meines Blickfeld und meiner Fähigkeiten betrachtet. Ich war vorher nie in der Verlegenheit gewesen, mit einer Druckerei über den Druck von Flugblättern zu verhandeln, eine Versammlung zu leiten oder vor einem Saal voller Menschen zu sprechen. Aber man kann das, wenn man es muss.

Doch je mehr die Partei zahlenmäßig anwuchs, desto mehr kristallisierten sich die Formen und Strukturen des Politapparates heraus. Zuerst waren wir alle gleich gewesen. Aber dann, ohne dass wir das richtig merkten, hob sich da eine Hierarchie ab. Es hoben sich Leute ab, die dann plötzlich eine Führungsriege bildeten, Connections pflegten, sich gesondert trafen, immer den Draht zur Partei-

spitze hatten. Nicht lange, und es kamen auch die Showtalente, die immer zu den Presse- und Fernsehinterviews geholt wurden. Sie mussten zwar von der Basis gewählt werden, um die nächsthöhere Ebene zu erreichen, aber das war ein rein formaler Akt. Es stand immer fest, dass sie genau da landen, wo das vorher schon auf höherer Ebene beschlossen worden war – also im Grunde genau die Scheindemokratie, die mir fatal bekannt vorkam. Dann trat auch zunehmend die West-SPD auf den Plan, die Politprofis, von denen wir lernen sollten. Man konnte teilweise richtig zusehen, wie aus Amateuren Politprofis wurden, und schon die Tatsache, dass der Parteibetrieb offenbar zwingend diese so genannten charismatischen Persönlichkeiten forderte, dass da immer die Medienpräsenz, die Rednergabe an erster Stelle kam, vor allem anderen, was jemand sonst so wusste und konnte, stieß mir zunehmend übel auf.

Ein anderer Faktor war die populistische Strömung, in der sich eine Massenpartei bewegte. Es war ganz schnell klar, was man sagen musste, um bei den Leuten gut anzukommen, und was man andererseits auf gar keinen Fall sagen durfte. Pflicht war zum Beispiel die absolute Gegnerschaft zur PDS, den heutigen Linken. Das war damals der Hauptfeind Nummer Eins. Aber mir ging es paradoxerweise so, dass ich für die PDS, wie sie damals war, nämlich absolut am Boden, plötzlich Sympathie und sogar Hochachtung empfand. Ich habe erlebt, wie die Leute im Herbst 89 scharenweise aus dieser Partei austraten, wie heiße Kartoffeln die Parteibücher fallen ließen, die ihnen plötzlich von Nachteil waren, und ich ertappte mich dabei, wie ich jeden bewundert habe, der kein solcher Wendehals war, der einer Sache, für die er sich einmal entschieden hatte, auch in schlechten Zeiten treu blieb. Ich denke da speziell an meine eigenen Eltern, über deren Parteimitgliedschaft ich zeitlebens die Nase rümpfte, aber in diesem Herbst plötzlich nicht mehr.

Und eines Tages auf einer Veranstaltung hielt eine junge Dame aus meiner Gruppe, auch eine von diesen Aufsteigerinnen, eine Rede mit einem poetischen Bild von den wunderbaren Rosen im Garten unserer jungen Demokratie, und wenn gelegentlich die Hunde von der PDS an diese Rosen pinkeln, würden sie trotzdem prächtig wachsen. Als sie unter donnerndem Beifall vom Pult schritt, musste ich wieder an meine Eltern denken. Ich bat ums Wort und sagte, man sollte das doch bitte nicht so pauschal sehen, das seien keine Hunde, das seien Menschen, die durch diese ganze Entwicklung in größte Konflikte gestürzt worden waren – ein schwerer taktischer Fehler von mir. Man hat mich nicht gerade ausgebuht, aber es ging doch ein deutliches Raunen des Unwillens durch die Versammlung. Ich habe später auch erfahren, dass man mich daraufhin überprüft hat, ob ich nicht entgegen meinen Angaben doch SED-Mitglied gewesen sei. Man dachte offenbar, eine wie ich könnte nur Dreck am Stecken haben.

Gut, das war vielleicht verständlich bei dem revolutionären Übereifer, der die Leute damals antrieb; viele hatten ja wirklich Dreck am Stecken. Aber auch dieses Überprüfen und Kontrollieren kam mir fatal bekannt vor. Mir ging es wie Schorlemmer, der formulierte: „Was mich erschreckt, sind nicht die Unterschiede, sondern die Ähnlichkeiten in den beiden Systemen.“ Immer häufiger stellte ich mir die Frage, ob ich wirklich richtig sei in dieser Partei und ob es das wäre, was ich mir so sehnlich gewünscht hatte. Schon im Frühjahr 1990 nahm ich einen Wohnungswechsel zum Vorwand, um mich ganz aus der Parteiarbeit auszuklinken. Ich habe mich einfach im alten Bezirk abgemeldet und im neuen nicht wieder angemeldet.

Damit war ich wiederum nicht die Einzige, die sich nach einer Phase der Politisierung wieder entpolitisierte. Die Revolution war vorbei, die Gemüter hatten sich beruhigt, die Aufsteiger verfolgten ihre Karrieren, jeder ging wieder seinen eigenen kleinen Angelegenheiten nach und versuchte, unter schwierigsten Bedingungen mit seiner Existenz zurechtzukommen. Ich habe später noch wiederholt versucht, mich als Bürgerin, als Privatperson mit irgendeiner Angelegenheit, die ich für wichtig hielt, an staatliche Organe zu wenden – jeder hat ja so seine Ideen, was man besser machen könnte in diesem Land. Natürlich hat das nie etwas gebracht. Ich nenne ein Beispiel: Bei meinem letzten Vorstoß ging es um die so genannten Kaffeefahrten für Senioren. Auf das Problem bin ich bei einem meiner Jobs gestoßen. Da findet ein groß angelegter Betrug statt, organisiert teilweise von üblen Kriminellen, Zuhälterkreisen etc., die systematisch Alter und Krankheit ausnutzen für die übelsten Machenschaften, mitten in unserem ach so zivilisierten Rechtsstaat, und kein Mensch fühlt sich berufen, irgendetwas dagegen zu unternehmen. Also habe ich verschiedene Vertreter von Parteien oder Seniorenorganisationen angeschrieben und auf das Problem aufmerksam gemacht. Die haben größtenteils auch höflich zurück geschrieben, schließlich gibt man sich bürgernah, aber es war klar, dass sich in der Sache selbst nicht das Geringste bewegt. Kein Mensch fühlt sich zuständig, kein Mensch ist kompetent, man hat das Problem einfach nicht auf dem Schirm. Ich habe inzwischen jeden Glauben verloren, auf diesem Weg etwas zu bewirken.

Nun könnte man ja sagen, diese Resignation hat rein individuelle Gründe – ich persönlich bin ungeeignet für Parteiarbeit oder überhaupt für ein gesellschaftliches Engagement – zu wenig Teamfähigkeit, zu viel Oppositionsgeist. Doch angesichts der Tatsache, dass heutzutage immer mehr Menschen mit Politikverdrossenheit, Ablehnung und Rückzug auf das politische System reagieren, sollte man vielleicht auch nach anderen, überpersönlichen Gründen suchen. Ich denke manchmal, ich habe damals im heißen Herbst und Winter 89/90 im Schnelldurchlauf die ganze Geschichte der klassischen Demokratie durchlebt, die im Westen Jahrzehnte gedauert hat: die tollpatschigen Anfänge, den Höhenflug, dann die bürgerliche Konsolidierung und Routine, die zur Verknöcherung und Formalisierung führte und damit auch zum Niedergang. Viele sind wie ich der Meinung, dass sich das klassische Parteienmodell überholt hat, dass man nach neuen Formen für die Artikulierung von politischem Leben suchen muss, auch nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung. Wir haben ja hier in Berlin jetzt ein schönes Beispiel, die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, die sich zu einer richtigen kleinen Bürgerbewegung ausgewachsen hat, und zwar völlig parteiübergreifend beziehungsweise völlig jenseits des hergebrachten Parteidenkens – ein neuer Beweis, dass die Themen und Probleme, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, in den Kategorien des klassischen Parteidenkens überhaupt nicht mehr zu fassen sind.

Ich persönlich setze viel Hoffnung auf die Bürgerbeteiligung im Internet. Mir schwebt immer das Beispiel Wikipedia vor, das Lexikon, das jeder mitgestalten kann, ein Modell, das man zuerst belächelt hat, das dann aber trotz aller Fehler und Unzulänglichkeiten innerhalb von wenigen Jahren das klassische Lexikon völlig ausgehebelt und eigentlich überflüssig gemacht hat, einfach weil da die geballte Kompetenz, das geballte Wissen des Volkes greift, während bei der herkömmlichen Lexikonerstellung nur ein paar Experten sich abstrampeln, um alle Fachgebiete abzudecken. So ist jetzt noch unsere Politik beschaffen: eine Handvoll Volksvertreter, die sich, statt das Wissen des Volkes zu nutzen, unter ständiger Überforderung in fremde Materien einarbeiten, während das Gros der Bevöl-

kerung keine Chance hat, sich in diesem Staat zu engagieren. Doch bei dem ständigen Wandel unserer Gesellschaft, bei der rasanten technischen Entwicklung, den immer neuen ökonomischen, rechtlichen und menschlichen Herausforderungen wird man auf die Dauer nicht auf neue Formen der Regierung und auf eine umfangreiche Bürgerbeteiligung verzichten können – ganz nach dem guten alten DDR-Motto „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“.